

<b>BESCHLUSSVORLAGE</b>	Gremium:	<b>56. Plenarsitzung Gemeinderat</b>
	Termin: Vorlage Nr.: TOP:	<b>17.12.2013 2013/0245 1</b>
STADT KARLSRUHE Der Oberbürgermeister	Verantwortlich:	<b>öffentlich Dez. 1</b>
<b>Resolution des Karlsruher Gemeinderates zur Novellierung des Landespersonalvertretungs- gesetzes</b>		

Beratungsfolge dieser Vorlage	am	TOP	ö	nö	Ergebnis
Gemeinderat Offenlage	25.11.2013	1	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	angehalten
Gemeinderat	17.12.2013	1	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

**Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss**

Der Gemeinderat stimmt der vorgelegten Resolution zu.

Finanzielle Auswirkungen				nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatori- schen Kosten abzügl. Folgeer- träge und Folgeeinsparungen)		
Kontierungsobjekt:		Kontenart:			
Ergänzende Erläuterungen:					
ISEK Karlsruhe 2020 - relevant		nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	Handlungsfeld:	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)		nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften		nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

Eine funktionierende Personalvertretung ist ein wichtiges Element eines gedeihlichen Zusammenwirkens zwischen Dienststelle und Beschäftigten. Nur eine vertrauliche und unkomplizierte Kommunikation zwischen allen Beteiligten führt dazu, dass vermeintliche Probleme schnell und einvernehmlich gelöst werden.

Die geplante Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes unterstreicht und verstärkt die Bedeutung einer umfangreich tätigen und mitverantwortlichen Personalvertretung, wie sie in Karlsruhe schon seit jeher geübte Praxis ist.

Nach unserer überschlägigen Schätzung führt die Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes allerdings zu Mehrkosten von 800.000 Euro pro Jahr für die Stadt Karlsruhe. Diese zusätzlichen Ausgaben für die Stadt müssten zu Lasten anderer wichtiger Projekte gedeckt werden.

Der Gemeinderat der Stadt Karlsruhe fordert die Landesregierung von Baden-Württemberg auf, mit dem Städtetag Baden-Württemberg eine Vereinbarung zu treffen, die im Sinne des Konnexitätsprinzips die Übernahme der daraus entstehenden finanziellen Zusatzbelastungen durch das Land sicherstellt.

Beschluss:

Antrag an den Gemeinderat

Der Gemeinderat stimmt der vorgelegten Resolution zu.

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -  
6. Dezember 2013